Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 23 (1943-1944)
Heft: 12

Artikel: Was not tut
Autor: [s.n.]
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-334980

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 06.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Was not tut

Die Teilung in der Sozialdemokratischen Partei in eine «Rechte» und in eine «Linke» sowie gar in ein «Zentrum» findet sich in jeder Partei. Eine allzu große Bedeutung darf dieser Teilung nicht beigemessen werden, solange diese «Richtungen» keine organisatorische Form annehmen. Die Vorwürfe, die sie sich gegenseitig machen, haben einige Wahrheit. Jede «Rechte» hat Entstehung, das heißt die Vergangenheit noch an sich, und sie beherrscht den eroberten Parteiapparat. Jede «Linke» enthält die Keime der Zukunft, hat das ungeduldige Hinausdrängen über die Gegenwart, die schroffe Negation derselben zu ihrem Charakter. Beide stehen sich immer mit einer notwendigen Spannung gegenüber. Die «Rechte», boshafterweise auch als «senil» bezeichnet, verweist mit Recht auf die mit tatsächlichen Opfern errungenen Ziele; die «Linke», altklugerweise als «juvenil» bezeichnet, schwelgt in den Vorstellungen einer künftigen Zeit. Zwischen beiden steht das sogenannte Zentrum, welches die Neigung zum Stillstand mit der Wagelust des Fortschritts, die zögernde Vorsicht mit der phantasievollen Übereilung vereint und aus dem Konflikt zwischen «Rechte» und «Linke» seine Kraft zieht. Jedes Parteizentrum muß sich aber darauf gefaßt machen, daß es mit doppelten Beschuldigungen überhäuft wird. Die mittlere Stellung des Zentrums ist nämlich keineswegs immer eine ideale. Nicht nur der Richter stellt sich in die Mitte, sondern auch der Zaghafte, der Unentschiedene, der Bequeme, der Träge, der ganz besonders niedrig Interessierte, der aus Furcht, eines kleinen Vorteils, einer fördersamen Gunst verlustig zu gehen, sich nicht «kompromittieren», nicht engagieren will. In diesem Sinne wohl hat schon Solon es seinen Mitbürgern zur Pflicht gemacht, «Partei» zu ergreifen, und ein deutscher Dichter sagt: «Des tapferen Mannes Behagen ist Parteilichkeit.» Im allgemeinen ist die echtere und reinere Überzeugung bei der «Rechten» und bei der «Linken» zu entdecken. Das Zentrum muß zu sehr aufs Ausgleichen der Gegensätze als auf deren Erfassen in der Tiefe bedacht sein. Natürlich ist die Zahl der Anhänger aller «Richtungen» Schwankungen unterworfen. Es gibt schon «Senile» im schönsten Mannesalter und noch «Juvenile» im Alter von sechzig bis achtzig Jahren. Berufsrichter neigen gerne zum Zentrum; der beste Richter aber ist der Kenner.

Die Abstufung des Maßes von Energie, wodurch eine große Verschiedenheit der Ansichten erzeugt wird, hängt eben ab von dem Maße der Ruhe und der Regsamkeit der «Rechten» und der «Linken» sowie von den Zeitumständen. Diese Teilung wirkt nicht zersetzend, ist also nicht gefährlich, solange sie sich nicht durch konstituierte Fraktionen – wohl zu unterscheiden von den parlamentarischen Fraktionen – kundgibt. Viel gefährlicher sind die Koterien, Cliquen und Zellen. Letztere Bezeichnung hat einen unschweizerischen Beigeschmack, denn sie erinnert an die biologische Rassenlehre einer ausländischen Partei oder an das zersetzende Bestreben einer Partei, die Gegenpartei innerlich auszuhöhlen, zu unterminieren.

Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz verteidigt nicht nur die politische Demokratie als Staatsform und erstrebt die soziale Demokratie

in der Wirtschaft, sondern ist selbst auch demokratisch in ihrem Aufbau, soweit eine Partei überhaupt demokratisch sein darf und kann. Die freie Meinungsäußerung ist gewährleistet, ohne nachteilige Folgen für den Mann des freien Wortes. Aber mit dem Moment, wo die Mehrheit der aktiven Parteimitglieder gesprochen, gilt die Pflicht unbedingter Beobachtung der Disziplin oder zum mindesten die Einstellung des Kampfes gegen die Stellungnahme der Partei. Dann darf unter keinen Umständen mehr aus der Reihe getanzt werden. Wer das dennoch tut, ob aus innerem Drang zur Bekundung seiner Überzeugung oder aus Geltungssucht, stellt sich außerhalb der Partei. An diesem Grundsatz darf keine seriöse Partei rütteln. Es geht nicht an, Versuche zu unternehmen, die Partei mit parteifremden Mitteln zu bearbeiten und auf parteifremde Wege zu bringen. Das dürfen sich höchstens die Mitglieder der bürgerlichen Parteien erlauben, deren politische Einstellung sich nicht so wesentlich unterscheidet wie die Sozialisten von den privatwirtschaftlichen Interessentengruppen. Wo das untrügliche Gefühl besteht, daß in einer Opposition parteifremde Kräfte am Werke sind, die sich durch Unverträglichkeit, Geltungssucht und Rechthaberei auszeichnen, muß reiner Tisch gemacht werden, denn mit solchen «Kräften» ist auf die Dauer ein Auskommen nicht möglich. Wem die Toleranz zuweit geht, der soll die Konsequenzen ziehen. Wer zwar in eine zweite Spaltung de cœur léger einwilligt, nachdem er die Folgen der ersten erlebt hat, der hat unseres Erachtens nicht genügend Verantwortungsbewußtsein, doppelt verhängnisvoll in der verantwortlichen Stellung eines Behördemitgliedes. So etwas macht ein seriöser Politiker höchstens einmal in seiner Laufbahn. Diejenigen aber, die die erste Spaltung nicht erlebt haben, sollten mindestens aus der neuesten Geschichte der Arbeiterbewegung lernen. In einem Zeitpunkt, wo der totalitäre Weltkrieg seiner kritischen Höhe zutreibt und sich an unsern Grenzen bemerkbar macht, verbeißt ein verantwortungsbewußter Politiker sich nicht in zurzeit unmöglichen Forderungen, sondern bereitet sich auf die Kämpfe in der Nachkriegszeit vor.

Also diese Teilung in Rechte, Linke und Zentrum mag vorläufig noch eine Sache des Temperaments sein, aber es kündigt sich bereits ein anderer Gegensatz an, der zwar ebensowenig zur Spaltung berechtigt, aber doch tiefer in der Partei wurzelt, nämlich jener des «Opportunismus» und des «Radikalismus». Die Dauer des Weltkrieges und die nicht wegzuleugnende Tatsache, daß das Proletariat selbst zum Träger des Krieges geworden ist – natürlich ohne eigenen Antrieb – und diesem Krieg die Energie und die Bedeutung eines Volkskrieges gegeben hat, haben manchen Parteigenossen zum Glauben verleitet, der alte Gegensatz zwischen Opportunismus und Radikalismus sei verwischt und werde nach dem Krieg nicht so bald in Erscheinung treten. Manche Parteigenossen scheinen wirklich der Meinung zu sein, in der unmittelbaren Nachkriegszeit würde die Politik derart von den allerdringendsten Sach- und Fachfragen beherrscht sein, daß unter dem Eindruck der schlimmsten Folgen des Krieges die grundsätzliche Anerkennung der bisherigen wirtschaftlichen Gewalten und ihres Bereiches nicht mehr in Frage gestellt werde. Der sogenannte Kriegssozialismus oder zutreffender gesagt, der mit Sozialismus getarnte Kapitalismus hat den

Opportunismus stark werden lassen, so daß die Träger desselben sich oft gar nicht mehr der bloßen Anpassung an das kapitalistische Wirtschaftssystem bewußt sind und ihre mehr oder weniger weitgehende Anpassung mit Neugestaltung verwechseln, bzw. als ihre Hauptaufgabe die Einordnung der Arbeiterschaft in die bestehende Gesellschaftsordnung betrachten. Sie widmen sich dieser Aufgabe mit einem Eifer, daß es ungerecht wäre, ihnen vorsätzliche Täuschungsabsichten zu unterschieben. Daß es auch Politiker gibt, welche die sozialistische Ideologie nur als schimmernden Aufputz einer Realität betrachten und nur sogenannten «ewigen von Klassengegensätzen unbeeinflußten und unberührten Gesetzen» dienen wollen, soll nicht bestritten werden. Es gibt auch solche, die genau wissen, daß Opportunismus und Radikalismus zu unversöhnlichen Gegensätzen getrieben werden können und namentlich nach einer kriegerischen Auseinandersetzung aufeinander losziehen. Sie stellen sich aber in den Dienst des Opportunismus, weil er sich aus der Konstellation der Dinge ergibt und die zeitweise opportunistische Einstellung der Arbeiterschaft für diese immer noch einträglicher ist als das Abwarten einer revolutionären Bewegung.

Für die «Rechte» wie für die «Linke», für die Opportunisten wie für die Radikalen, scheint uns nötig zu sein, sich wieder einmal Rechenschaft darüber zu geben, inwieweit wir das Opfer einer nationalen Ideologie geworden sind und wir uns die parteieigenen Ideen haben verwirren lassen; ob nicht das jetzt Dominierende des Gewerkschaftsgedankens als ein verbürgerlichendes Prinzip zurückgedrängt werden sollte. Oder mit andern, noch einfacheren Worten: wir sollten uns wieder einmal klar werden, für was denn eigentlich Krieg geführt wurde! Das scheint natürlich jeder zu wissen, aber das Verhalten zu den Tagesaufgaben läßt dieses gründliche Wissen doch manchmal vermissen.

Indem wir diese Frage zu beantworten suchen, müssen wir uns daran erinnern, daß die Grundtheorie des Sozialismus, die materialistische Geschichtsauffassung, uns allein eine wissenschaftliche Analyse des Weltwirtschaftskrieges ermöglicht. Wir sollten uns also wieder mehr die theoretische Grundansicht des Sozialismus zu eigen machen, seine alte Lehre von der ökonomischen Bestimmtheit des Kulturgeschehens und der auf sie gestützten Analyse unserer Kulturentwicklung. Es ist die alte Lehre vom Klassenkampf. Viele von uns haben sich zu sehr von der bürgerlichen Verdächtigung beeindrucken lassen, unser Klassenkampfstandpunkt beeinträchtige Pflicht und Neigung zur Verteidigung des Vaterlandes. Wir haben aber volles Verständnis dafür, denn wir verteidigen unverlierbare Voraussetzungen unseres eigenen Emanzipationskampfes. Aber unser Eintreten für das Vaterland und für dessen politische Institutionen ist doch etwas ganz anderes als die Identifizierung mit der Interessenpolitik der bürgerlichen Klasse. Die klassenbewußte Arbeiterschaft aber wünscht aus unserer Stellungnahme zu den Problemen der Zeit herauszufühlen, daß wir sozialistische Eigenziele niemals aufgeben. Das Wohl der Arbeiterschaft an den Erfolg bürgerlicher Politik zu knüpfen, ist nicht sozialistisch, sondern kapitalistisch. Unser stolzes Klassenbewußtsein bewahrt die Idee des Volksstaates und Staatsvolkes besser als die burgfriedliche Verwässerung von heute. Gerade durch unsern Klassenkampfstandpunkt wurde jene Gesin-

nung geschaffen, die Staat und Volk zu einer Identität nach dem Ebenbild der Gesellschaft der Gleichen zusammenfließen ließ. Die «Neue Schweiz» darf nicht auf dem Wege der Betriebsgemeinschaft verwirklicht werden, denn Betriebsgemeinschaft bedeutet zünftlerische Ständepolitik, deren sich das Bürgertum befleißigt. Darum auch die Empfehlung der bürgerlichen Presse, das Problem der Zusammenarbeit mehr nach der politischen und nicht nur organisatorischen Seite zu behandeln. Das sind lockende Töne einer keineswegs idealen Partei der Mitte, die ja letzten Endes doch die Interessen der Privatwirtschaft verteidigt. In der wirtschaftlichen Betätigungsrichtung in Form der Betriebsgemeinschaft erblickt das Bürgertum ein Mittel, um die Arbeiterschaft von der Grundtheorie des Sozialismus abzubringen.

Wofür wurde der Krieg geführt? Um den «nationalisierten» Mehrwert aus der Güterproduktion und aus dem Güterverkehr. Irgendein Wirtschaftsgebiet ist bestrebt, Herr der Erde zu sein. Dieses Ziel wird aber vernebelt. Freiheit und Ehre des Vaterlandes werden als in Gefahr stehend erklärt, und tatsächlich bringt die Entwicklung des Krieges zu einem totalitären Krieg alles und jedes in Gefahr. Damit aber der Klassengegensatz der Herrschenden und der Beherrschten weniger offenbar würde, wurde der Kampf um die Vormachtstellung in den Begriff *Nation* gekleidet. Ein gegnerischer Herrschaftsanspruch tritt hervor gegenüber den mitstrebenden Nationen. Das künstlich entfachte Nationalbewußtsein hat eine verschleiernde Wirkung. Die «Nation in Gefahr» ist nur der weckende Ausdruck für die gesteigerte Handels- und Industriemacht eines Teiles der Nation, nämlich der herrschenden Klasse für Beibehaltung ihrer Oberherrschaft. Dafür ist die Welt im Grunde in Brand geraten, und dafür wird heute alles aufs Spiel gesetzt. Diese traurige «Notwendigkeit» müssen wir begreifen, aber nicht als Gipfel nationalen Aufschwunges und der Wiedergeburt verherrlichen.

Wie ist aber die innere Entschlossenheit, in Reih und Glied mit dem Bürgertum zu kämpfen, ja die Kriegsinteressiertheit des Proletariats zustande gekommen? Die überraschende Anteilnahme des Proletariats am Krieg hat diesem den Charakter eines Volkskrieges gegeben, so daß die herrschende Klasse sich geradezu gerechtfertigt fühlt, daß sie es so weit hat kommen lassen. Aber diese Tatsache begreifen, heißt nicht, sie verzeihen.

Karl Marx vermochte nur die verelendende Tendenz des Kapitalismus zu erkennen, und seine Anhänger haben lange Zeit die materielle Hebung der Arbeiterschaft durch die gewerkschaftlichen und politischen Kämpfe übersehen. Die selbstbewußte und gekräftigte Arbeiterklasse hat die schlimmsten Verelendungstendenzen durch Gewerkschaften, Genossenschaften und politische Betätigung gemildert. Das Finanzkapital suchte, vornehmlich in seinem Interesse, der Anarchie in der Produktion zu steuern, und neuestens wird für die Großbanken und den Staat die Regelung der Währung postuliert. Aber die Wirtschaft ist trotz der Stärkung der Staatsgewalt, erzeugt vom Finanzkapital und von der Arbeiterschaft, doch immer noch herrschaftlich und nicht demokratisch. Das ordnende Prinzip in der Produktion und in der Organisierung des Angebots und

der Nachfrage, die Machtpolitik der Industriekonzerne und der Banken ließen die notwendige Umgestaltung der Wirtschaft hinter die momentanen Interessen der Arbeiterschaft zurücktreten. Das Interesse der Arbeiterschaft verschob sich von der Vergemeinwirtschaftlichung auf einzelne sozialreformerische Maßnahmen.

Von der Diktatur des Proletariats haben wir bereits Abstand genommen. Diese Zielsetzung war in der Tat mehr irreführend als wegweisend. Nach dem Muster in andern Staaten war sie nie gedacht und paßte überhaupt nicht in den Entwicklungsgang der Schweiz. Das Volk eines Paß-Staates ist ein anderes als das der weiten Ebene. Völker in den Bergen waren immer mehr erfüllt vom Freiheitsdrang als diejenigen der Steppe. Das Interesse des werktätigen Schweizervolkes verlangt nicht Diktatur, sondern einen größeren Grad von Demokratie, als sie etwa die Landsgemeindedemokratie darstellt; es lehnt aber auch die Diktatur des Kapitals ab. Der demokratische Geist ist in der schweizerischen Arbeiterschaft tiefer verankert als im profitstrebenden Bürgertum und zielt auf Sicherung eines sozialen Wohlfahrtsstaates für *alle* hin, nicht nur für eine Klasse mit Billigung sozialreformerischer Maßnahmen zugunsten der Besitzlosen. Deshalb geht das Ziel der schweizerischen Arbeiterbewegung über ihr Klasseninteresse hinaus und mündet in einen demokratischen Sozialismus.

Die Schicksalsgemeinschaft des Kapitals mit dem Proletariat ist namentlich unzerbrechlich nach der ungünstigen Seite der Konjunktur. Jede Erschwerung der Rohstoffbeschaffung, jeder Verlust eines Absatzgebietes trifft in erster Linie die besitzlose Klasse und nicht das Bürgertum, das im schlimmsten Falle noch seinen Besitz verwerten kann. Hat die «nationale Wirtschaft» mit ihren Absatz- und Anlagemöglichkeiten im In- und Ausland Erfolg, so hat der Proletarier natürlich Arbeit, manchmal sogar einen gesteigerten Lohn. So entsteht dann auf dem Boden einer sogenannten nationalen Politik eine scheinbare Interessengemeinschaft des Kapitals und des Proletariats. Macht und Herrlichkeit der «Nation» einigt – was in der Ökonomie geschieden, *bleibt*. Unter dem Einfluß dieser Macht und Herrlichkeit stellt natürlich niemand mehr das kapitalistische Regime in Frage, sondern beschränkt sich auf Verbesserungen innerhalb des Systems. Wenige nur denken daran, daß der Klassenkampfstandpunkt doch dazu dienen sollte, den Klassengegensatz zu überwinden. Mit Beginn des Krieges ordnete sich erst recht alles einer andern Gefühlswelt unter: der Sorge um den Schutz des eigenen Herdes, um den Fortbestand des eigenen Staates, der Furcht vor Unterjochung durch fremde Gewalt. Es herrschte überall das Gefühl des Patriotismus, der verlangt, daß man alle andern Rücksichten zurücktreten lasse gegenüber der gemeinsamen Abwehr des Staatsfeindes. Selbst das Gefühl der Klassenzugehörigkeit mußte mit Entsetzen wahrnehmen, daß viele, die sich einst die Hand gereicht, nun sich blutig bekämpfen. Das Zusammentreffen der verschiedensten Gefühle in der Brust manches Parteigenossen wurde zum tragischen Konflikt, der das Parteileben hemmte und die Erkenntnis vernebelte. Durch zwei Weltkriege und die dazwischenliegende Krisenzeit sind wir derart in die kapitalistische Denkweise verstrickt worden, daß die Erkenntnis, durch welche Faktoren die soziale Abhängigkeit und die Not des Einzelnen bedingt sind, ein

ziemlich bedeutendes Maß von abstraktem und theoretischem Denken erforderlich macht. Wir sind weit entfernt davon, die nationalen Gefühle unterdrücken zu wollen, wir wenden uns nur dagegen, daß sie zur Ausnützung und Verdunkelung der sozialen Zusammenhänge benützt werden. Eine erkünstelte nationale Solidarität dürfen wir uns nicht vorspiegeln lassen. Wir müssen uns wieder mehr der Aufgabe unterziehen, zu zeigen, wie das dunkle Wünschen sich zu zweckbewußtem und zweckhaftem Wollen und Handeln gestalten kann. Wir dürfen uns nicht etwa von nationalen Gefühlen treiben lassen, sondern die klare, verstandesmäßige Erkenntnis zur Richtschnur nehmen. Für große geschichtliche Bewegungen kommen nur Parteien in Betracht, die auf eine größere Gesamtheit Rücksicht tragen und sich in der Wahl der Mittel und Wege vom Verstand leiten lassen. Wer mit den Unterdrückten fühlt, ihnen aber mit dem durch wissenschaftliche Forschung geschärften Verstand und nicht mit Gefühlen helfen will, der ist Sozialdemokrat. Man braucht deshalb kein gefühlloser Mensch zu sein, denn gerade das warme Gefühl verleiht uns die Möglichkeit, uns mit Leidenschaft für das Ziel hinzugeben. «Alles Verständnis kommt nur durch die Liebe», sagt Richard Wagner.

Es geht um den sozialen Wohlfahrtsstaat und nicht nur um eine erträglichen Klassen-Wirtschaftsstaat. Unser Eintreten für die Heimat und für die Grundbedingungen einer freien Entwicklung bedeutet mehr als die Identifizierung mit der Machtpolitik des Bürgertums. Da müssen Gedanken und Gefühle reinlicher geschieden werden. Vergegenwärtigen wir uns doch, daß durch die «nationale Ideologie» das Wohl des Proletariats an den Erfolg einer kapitalistischen Politik gebunden ist. Sozialistische Ziele werden da aufgegeben. Sind die Kriegslasten groß, so werden die Kulturaufgaben zurückgestellt. Der wirtschaftliche Erfolg der Nation entpuppt sich als Nutzen einer schon vor der kriegerischen Auseinandersetzung bevorrechteten Klasse. Nicht nationale Konkurrenz ist nötig, sondern eine internationale Organisation, die den Kampf unnötig macht. An Stelle der großen Worte von bürgerlichen Intellektuellen, die, weil vermeintlich klassenlos, nicht wissen, auf welche Seite sie sich schlagen sollen, wäre besser die Verurteilung eigensüchtiger Mächte. Nicht der Sozialismus hat versagt, den wir ja noch nie besaßen, sondern die nationale Ideologie. Es muß immer wieder mehr die alte Lehre vom Klassenkampf gewürdigt werden, das heißt die Lehre von der ökonomischen Bestimmtheit des Kulturgeschehens. Wer tiefer zu blicken versteht, wird immer wieder die großen Linien des Kommunistischen Manifestes sehen, die nach einer Organisation der Welt rufen, damit nach dem totalitären Krieg endlich die Quelle der Kriegsgefahr beseitigt ist. Dem Proletariat muß wieder mehr der Grundwiderspruch der kapitalistischen Politik mit der Wirtschaftspolitik der klassenbewußten Arbeiterschaft ins Bewußtsein gehämmert werden. Die Bürgerlichen nennen das «hetzen», wir nennen das die Gegensätzlichkeit zum Bewußtsein bringen, die uns der Krieg so machtvoll vor Augen geführt hat.

Man behauptet vielfach, daß man nach dem Krieg nicht wieder dort anknüpfen könne, wo die Friedenszeit aufgehört habe. Mit Verlaub! So ungeschichtlich dürfen wir nicht werden! Wir müssen vielmehr an das

anknüpfen, was zur Friedenszeit geschehen ist, als an das, was der Krieg gezeitigt hat. Ganz einfach wird die Anknüpfung nicht sein, aber noch utopischer wird sein, zu glauben, wir könnten die organisatorischen Bildungen des Kapitalismus weiterhin benützen. Die Bewilligungsfreudigkeit wird beim Unternehmertum nicht groß sein, das seine Tätigkeit während des Krieges einstellen oder beschränken mußte. Die Wirkungen einer ungünstigen Konjunktur werden dann wieder auf die Arbeiter und Angestellten abgewälzt.

Gegenüber den kapitalistisch-konservierenden Bestrebungen auf Anpassung der Arbeiterklasse an den Kapitalismus und auf Anpassung des Kapitalismus an die unmittelbaren materiellen Interessen der Arbeiterschaft müssen wir wieder mehr die dauernden Interessen vertreten. Nicht Betriebsgemeinschaft erstreben, sondern Sozialisierung. Wir vertreten das theoretische Bewußtsein der wahren Interessen der arbeitenden Klasse, die Erkenntnis der geschichtlichen Notwendigkeit und der wahren welthistorischen Sendung der Arbeiterklasse. Unter geschichtlicher Notwendigkeit ist die Notwendigkeit des Wollens zu verstehen, dasjenige vorzukehren, was für unsere Ziele nötig ist, um aus den Lebensbedingungen, wie sie uns vom Kapitalismus aufgezwungen werden, herauszukommen. Darum sind die Sonderinteressen des Kapitalismus niemals unsere Interessen. Dem Entwicklungswillen des Kapitalismus ist unser Wille entgegenzusetzen und aufzuzwingen. Aus der durch Landesverteidigung erzielten äußeren Gleichheit darf keine Interessengemeinschaft entstehen. Nur mit richtigem Denken leiten wir die Entwicklungsnotwendigkeit in unsere Bahnen.

Gewiß, über momentane Interessen muß man miteinander reden, aber man muß sich nicht von schönen, beschwichtigenden, den innersten Gegensatz verwischenden Worten blenden lassen, so daß es dann jeweils im bekannten Stil heißt: «Die versuchte Arbeitsgemeinschaft zwischen bürgerlichen und sozialistischen Vertretern habe ein solches Maß gegenseitigen Verständnisses gezeigt, daß Hoffnungen auf ein gemeinsames, gedeihliches Zusammenwirken neu genährt würden.» Wenn man aber ernstlich Arbeitsgemeinschaft wollte, müßte man ja gerade auf das grundsätzlich Scheidende verzichten. Auf der andern Seite hört man nie das Wort Sozialismus, höchstens Demokratie – wie sie das Bürgertum versteht, denn auch diese kann Fiktion sein, wenn an die Stelle der Realdemokratie die Formaldemokratie tritt. Sogar mittelalterliche Ständeordnung soll ja demokratisch sein! Wenn ab und zu eine geistige Arbeitsgemeinschaft sich offenbart, so muß sie auch eine reale zur Folge haben, wobei erst noch die Motive eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Die naive Idee der Gemeinschaft der Nation glänzt in voller Verkennung der ökonomischen Gegensätze. Wenn die Bourgeoisie durch Import und Export sowie durch die inländische Produktion und einige die Arbeiterschaft befriedigende sozialreformerische Maßnahmen den Profit gesichert sieht, dann glaubt sie, seien die Klassengegensätze ausgesöhnt und ausgeglichen. Wohl vermag innerhalb der ehernen Schranken des Kapitalverhältnisses die Arbeiterschaft den Arbeitsvorgang zu vermenschlichen, aber das Verhältnis bleibt, es gewinnt erst eine andere Funktion, wenn die Arbeiterschaft sich kollektiv

zum Eigentümer der Produktionsmittel macht. Dann fällt ein Mehrwert der Arbeiterschaft zu. Auch der erfolgreichste gewerkschaftliche Kampf hebt das Abhängigkeitsverhältnis nicht auf. Jene aber, die die Bedeutung der Zirkulation des Geldes erkannt haben, der rationellen Geldpolitik allein aber die Kraft der Sanierungswirtschaft beimessen und damit die Vergesellschaftung der Produktionsmittel als überflüssig erklären, wollen im Grunde keinen Sozialismus, sondern einen neuen Liberalismus, der seine unheilvolle Tätigkeit von neuem beginnen könnte.

Seit 1914 wird das, was Gemeingut unserer Anschauungen, unserer Kritik, unserer Zielsetzungen geworden ist, vielfach als Makulatur bezeichnet und behandelt, und die heutigen Vertreter dieser Anschauungen werden als zurückgebliebene und wenig elastische Menschen bezeichnet, die eben die Zeit nicht mehr verstünden. Derweil ist es vielmehr so, daß die neuen Wegweiser meistens nur den Tag sehen, das Gestern vergessen und die Hoffnung für den Morgen schon für eine Realität ansehen. Die sozialistische Theorie ist nicht falsch, aber sie ist zuwenig wirksam in den Massen. Dafür zu sorgen, ist die Pflicht aller Parteigenossen. Die Stimme des Sozialismus muß lauter ertönen, sie darf nicht vom Geschützdonner übertönt werden. Der Arbeiter in der Werkstatt muß wieder mehr das Mehrwertverhältnis begreifen lernen; der Bankangestellte muß ihm sagen, wie das Finanzkapital den Mehrwert verwendet und verteilt und wie die Zirkulation des Geldes unter den Augen des Staates, der dafür die Verantwortung trägt, gehandhabt wird.

Was der Klassenkampf vor dem Krieg ergeben hat, ist heute noch wahr, weil das Abhängigkeitsverhältnis vom Kapital gar nicht gelöst worden ist. Die enthüllten Zusammenhänge der Wirtschaft und die Ursachen des geschichtlichen Geschehens bestehen heute noch zu Recht, die kann man nicht mehr wegdisputieren. Solche Umwandlungen in der Gedankenwelt kann man schließlich verstehen bei Berufspolitikern, die sich ausschließlich mit Fragen der praktischen Tagespolitik befassen; bedauerlich sind sie aber bei Arbeitern, die in den Gewerkschaften wirken und die nachgerade alles zurückdrängen, was die Gegensätzlichkeit gegen das Bürgertum und den Kapitalismus zum Ausdruck bringt. Die Auffassung, daß die Wirtschaftspolitik des Proletariats im Grundwiderspruch zu der der Kapitalisten steht, ist aus den Köpfen vieler Arbeiter wie verschwunden, als ob nie darauf hingewiesen worden wäre. Und doch haben zwei Weltkriege und die dazwischenliegende Krisenzeit dem scharf Beobachtenden die Richtigkeit der Lehre des Kommunistischen Manifestes dargetan. Auch jene, die glauben, nur praktische Politik treiben zu müssen, dürfen die Gegensätzlichkeit nie aus dem Auge verlieren. Es war stets unser größter Stolz, die umstrittene Stellung geschichtlichen Lebens und politischen Wirkens mit dem wissenschaftlichen Sozialismus geklärt zu haben. Dieser Stolz ist keine Überheblichkeit, sondern bedeutete ein gutes Gewissen, weil das Urteil nicht nach Stimmung und Leidenschaft, nicht nach Tradition und Vorurteil, auch nicht nach Stimmungen und Meinungen der Massen sich bestimmen ließ, sondern die Stimme der Wissenschaft und Erfahrung zur Geltung zu bringen suchte. Die Grundlagen sind keine Dogmen, sondern lebendige Wahrheiten. Marx nannte sie «Bewußtsein der

Zeit von sich selbst». Jene Denk- und Anschauungsweise, die von einer Erörterung des theoretischen Verständnisses der Weltlage im Sinne des Marxismus nichts wissen will oder sie als ein Thema nur für müßige Theoretiker betrachtet, personifiziert den Bankrott des wissenschaftlichen Sozialismus; sie dankt ab vor der ersten kritisch gewordenen geschichtlichen Situation. Was aber zu Zeiten des Friedens als richtig erkannt wurde, das dürfte erst recht in stürmischen Zeiten zutreffen. Es handelt sich ja immer um die Erfassung der real wirkenden Kräfte, die gerade den Sturm herbeigeführt haben. Wer in solchen Momenten davon nichts mehr wissen will, zieht eben vor, an der Oberfläche zu treiben oder in Ideologien unterzutauchen, die nie zum klaren Denken, Fühlen und Handeln führen. Aus dem Sozialismus hat man anstatt eine Bestrebung zur Überwindung der Klassengegensätze eine Bestrebung zur Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft gemacht. Dieses große Kulturwerk soll nicht im geringsten unterschätzt werden, denn die Vorbedingungen zur Emanzipation des Proletariats günstiger zu gestalten, ist durchaus notwendig, aber die Vorbedingung darf nicht Endziel sein. Das wäre eine Einschränkung des historisch schaffenden Bewußtseins, das den Sozialismus um alle entwicklungsgeschichtliche Bedeutung bringt, ja ihn zu einer gewöhnlichen Brotinteressenvertretung herabdrückt. Der Krieg hat am theoretischen Gefüge des Sozialismus gar nichts geändert. Wir Sozialisten haben nicht umzulernen, höchstens zuzulernen, was sich aus der Anwendung der alten Grundsätze auf die neuen Erfahrungen ergibt.

Alle Mittel in der kapitalistischen Gesellschaft, die Lebensverhältnisse des Lohnarbeiters zu verbessern, heben niemals die Ausbeutung auf, werden auch nie das relative Zurückbleiben des Lohnes hinter dem Profit verhindern. Auch eine absolut steigende Lohnsumme, die wohl die Lebenshaltung verbessert und um die der Lohnarbeiter erst noch kämpfen muß, wird von der gesteigerten Profitmasse weit überholt. Und so wird das Ausbeutungsverhältnis immer wieder auf höherem sozialen Fuße reproduziert. Selbstverständlich ist soziale Gegenwartsarbeit notwendig, aber Erlösung wird nur möglich sein in einer gesellschaftlichen Umgestaltung, deren Ziel der Sozialismus ist.

In diesem Zusammenhang darf auch gesagt werden, daß die Bildungsausschüsse der Arbeiterschaft den Arbeitern nicht das bieten, was als Bildungselement in Betracht kommt. Es werden gewiß schöne Dinge vorgetragen, und das Bestreben ist nicht wegzuleugnen und auch anzuerkennen, allgemeine Bildung zu vermitteln, aber bei dem heutigen Stand der Wissenschaft und deren Spezialisierung ist die Vermittlung einer sogenannten allgemeinen Bildung nicht mehr möglich, auch nicht in Kreisen des Bürgertums. Eine solche Kultur war noch zu erreichen zu Großvaters Zeiten. Heute müssen wir unsere Kraft konzentrieren und jenes Wissen vermitteln, dessen der Arbeiter bedarf für den politischen und wirtschaftlichen Kampf. Wir hören den Einwand, der Arbeiter wolle keine wissenschaftlichen Theorien, sondern von der Praxis das Wissenswerte vernehmen. Die von der Theorie nichts wissen wollen, sind meistens jene, die ihren Verstand nie von Theorien befruchten ließen. Was ist denn Theorie? Doch nur wissenschaftlich geordnete, die Ursachenreihen aufhellende, die

Wirkungsmöglichkeit prüfende Praxis, von Zufälligkeiten gereinigtes Denken. Praxis dagegen oft nur Belehrung aus individuellen Stimmungen und Erfahrungen bei keineswegs ausgewiesenem Können. Erfolg verspricht nur dann eine Praxis, wenn sie auf einer geprüften und wohlüberlegten Theorie fußt.

In einer baselstädtischen Parteiversammlung ist unserer Partei vorgeworfen worden, sie sei eine Verwaltungspartei geworden. Diese Prägung scheint uns nicht besonders glücklich. Es sollte wohl heißen, daß wir zuviel Verwaltungspolitik treiben, wobei sich dieselbe dem Gegenstand nach weitgehend mit der inneren Verwaltung deckt. Das ist zum Teil richtig, soweit Baselstadt in Betracht kommt, wo keine machtvolle Politik der äußeren Verwaltung – wohl zu unterscheiden von der äußeren Politik, die für die Kantone ja gar nicht in Betracht fällt – getrieben werden kann wie in den Kantonen mit Stadt *und* Land. Aber auch im Hinblick auf die ganze Schweiz ist der Vorwurf unbegründet.

Es kommt sehr darauf an, wie man sich zum Staate stellt. Der Bourgeois betrachtet den Staat als eine Macht zur Erhaltung und Zucht der Lohnarbeiter, weil er diese Aufgabe nicht übernehmen will, noch kann. Der Proletarier aber betrachtet den Staat zwar als eine Macht, die zum größern Teil noch im Dienste der Bourgeoisie steht, aber doch Aufgaben einer sozialen Verwaltung zu bewältigen hat. Ja, sogar der Kapitalismus muß mit dem Wachstum der Arbeiterklasse soziale Verwaltung organisieren, und der Staat muß aus Gründen seiner Erhaltung diese Aufgabe fortsetzen oder ganz übernehmen. Im geschichtlichen Umschlag vom Kapitalismus zum Sozialismus ist der Staat das Werkzeug. Jeden Tag hören wir den Imperativ: der Stall soll! Je mächtiger die Arbeiterschaft wird, desto mehr muß der Staat das «Soll» erfüllen. Natürlich ist er dabei nicht frei, denn übermäßig ist der Einfluß des Kapitalismus auf diesen Staat, den er oft genug als ein Hindernis in seinem Profitstreben empfindet. Die Gesamtorganisation der Gesellschaft, das ist der Staat, erfüllt sich immer mehr mit Aufgaben der sozialen Verwaltung. Bemühen wir uns, dem Staat recht viele Verwaltungsaufgaben zu übertragen. Anstatt geringschätzig von Verwaltungspartei zu sprechen, wäre es verdienstlicher, dem Mangel einer sozialistischen Staats- und Rechtstheorie abzuhelfen. Sozialismus ist nicht herzustellen durch einen genialen Staatsstreich von unten, da Einfluß auf die Menschengemeinschaft nur zu gewinnen ist durch Organisation und Verwaltung. Die Kunst des Verwaltens lernen wir nur in der Schule der Praxis. Darum unsere immerwährende Aufgabe, die nie ruhen darf: überall Einfluß zu gewinnen suchen, wo es irgend etwas zu verwalten gibt. Mit der bürgerlichen Bürokratie können wir nicht sozialisieren. Grundsätzlich müssen wir uns auf das Kommunistische Manifest stützen und im täglichen Kampf für die Durchstaatlichung der Ökonomie eintreten. Das ist etwas anderes, als wenn man sich an vereinzelten sozialrefomerischen Maßnahmen genügen läßt, die Hände in den Schoß legt und erst sich wieder auf seine ureigene Aufgabe besinnt, wenn in der Ökonomie sich eine düstere Seite aufzeigt, die zu mildern als Aufgabe des Staates erklärt wird, sofern die Bedenken einer Unzahl von Wenn und Aber zerstreut werden

können. Die da immer über den Staat schimpfen, wollen gewöhnlich nichts wissen von Sozialismus.

Es wäre verdienstlich, an dieser Stelle einmal das Thema «Soziale Verwaltung» gründlicher zu behandeln, ist es doch gerade unsere Aufgabe, klar bewußt der Rolle, die der Arbeiterschaft zugedacht ist, jene Seite der allgemeinen sozialen Verwaltung, wie sie von jeher bestand, kennenzulernen, die wir heute als die spezielle soziale Verwaltung bezeichnen möchten und die die Hilfe und den Schutz der «kapitalbildenden» Arbeit gegen die Kapitalbildung des Kapitalismus umfaßt. Wir stehen ja mitten in der Lösung der Aufgabe, der sozialen Verwaltung, neben der allgemeinen Verwaltung, die verwaltungsrechtliche und sozialistische Behandlung der sozialen Frage zu übertragen.

Europa und der Weltfrieden

Die «Socialist Vanguard Group» (ISK.) hat dieses Manifest herausgebracht, um deutlich zu machen, daß die Diskussion über die europäische Einheit vorangetrieben werden muß.

Sie hofft, daß in den vor uns liegenden kritischen Monaten Sozialisten und andere fortschrittliche Menschen ihr Äußerstes tun werden, um Aktionen in der angedeuteten Richtung zustande zu bringen.

Wir veröffentlichen das Manifest zum Zwecke der Dokumentation.

Warum versagte der Völkerbund?

Der Völkerbund, dazu bestimmt, Kriege zu verhindern, versagte großenteils deshalb, weil die Nationen sich nicht entschließen konnten, irgend etwas von ihrer nationalen Souveränität aufzugeben; in den Händen der dominierenden Mitgliedstaaten wurde er ein Werkzeug zur Befriedigung nationaler Interessen.

Die Politik, welche die einzelnen Staaten verfolgten, war feindlich gegenüber den anderen, oft chauvinistisch und jede Hoffnung auf einen Weltfrieden zerstörend. Die politische Unsicherheit war begleitet von ökonomischen Krisen, und beides zusammen schaffte einen Zustand von Verbitterung und Hoffnungslosigkeit. Das machte es den in der Zwischenkriegszeit an die Macht gelangten Konjunkturpolitikern möglich, die Reaktion noch reaktionärer zu machen und die Arbeitslosigkeit vorübergehend durch die Vorbereitung des Krieges zu beseitigen.

Gefahrenherd Europa

Die Tatsache, daß zwei Kriege innerhalb unserer Generation ihren Ursprung in Europa hatten, ist kein historischer Zufall. In Europa bestand eine Zusammenballung von Umständen, die den Krieg unvermeidlich machten – Rivalitäten zwischen den vielen souveränen europäischen Staaten unter dem Einfluß von reaktionären und nationalistischen Regierungen, die Einmischung von nichteuropäischen Staaten, welche solche Gegen-